

Calmer Calwblatt

Nr. 134.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erziehungswesen: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinpaltige Seite 20 Pfg.,
Reklamen 50 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Freitag den 13. Juni 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten M. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Orts- u. Nachbarnbereich M. 2.75, im Fernverkehr M. 2.85, Bestellgeld 30 Pfg.

Zur Friedensfrage.

Neue schwerwiegende Beweisstücke für die Schuld der Entente am Kriege.

(W.B.) Berlin, 11. Juni. Das Deutsche Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber am Krieg enthält eine Anzahl neuer und wichtiger Geheimdokumente, aus denen die planmäßige Vorbereitung des Krieges durch Rußland und seine Verbündeten unzweifelhaft hervorgeht. Wir geben zunächst zwei besonders bemerkenswerte Proben wieder.

In einem Bericht des serbischen Geschäftsträgers in London vom 21. Dezember 1911 an den Ministerpräsidenten in Belgrad wird im Anschluß an eine Reise des Londoner französischen Botschafters Paul Cambon nach Paris über die politische Weltlage das Urteil abgegeben, daß sich der Konflikt im Augenblick werde beseitigen lassen, daß aber nur ein Ausbruch des Krieges um 3 bis 4 Jahre zu erwarten sei. In heuchlerischer Weise wird auch hier die Schuld der deutschen Politik zugeschrieben.

Dann heißt es wörtlich: „Aber Frankreich sowohl als auch seine Verbündeten sind der Ansicht, daß selbst um den Preis großer Opfer der Krieg auf einen entfernteren Zeitraum verschoben werden müsse, d. h. auf 1914 bis 1915. Die Notwendigkeit dieses Aufschubs diktiert nicht so sehr die materielle militärische Vorbereitung Frankreichs — die vorzüglichst als die Reorganisation des Oberkommandos, welche noch nicht durchgeführt ist. Diese Frist ist auch für Rußland notwendig, nur England wird davon keinen Vorteil haben, denn mit jedem Jahr verringert sich die Ueberlegenheit seiner Flotte über die deutsche. Aber dennoch rät England im Hinblick auf die Vorbereitung seiner Verbündeten, Frankreich könne sich für jetzt mit Deutschland verständigen.“

Für die andauernden Verhandlungen zwischen Serbien und Rußland zu einem großen Ausbruch gegen Oesterreich-Ungarn finden sich außerordentlich viel Belege in dem Weißbuch. Besonders charakteristisch ist ein Telegramm des serbischen Gesandten in Petersburg an das Ministerium des Aeußern in Belgrad vom 12. Mai 1913. Es heißt darin wörtlich: „Wiederum sagte Sazonow mir, daß wir für die zukünftige Zeit arbeiten müssen, wenn wir viel Land von Oesterreich-Ungarn bekommen werden. Ich entgegnete ihm, daß wir Bitolia den Bulgaren schenken werden, wenn wir Bosnien und andere Länder bekommen werden.“

Keine Verschärfung der deutschen Kolonien.

(W.B.) Berlin, 11. Juni. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Ausländische Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder lebhaft mit der von der Entente geplanten Regelung der Kolonialfrage. Unter anderem wird behauptet, die Entente beabsichtige zwar, Deutschland den gesamten Kolonialbesitz zu nehmen, ihren Wert aber bei der Festsetzung der Entschädigungssumme irgendwie zu berücksichtigen. Demgegenüber kann nur immer wieder der feste Entschluß der Reichsregierung betont werden, auf dem bereits des öfteren dargelegten Standpunkt, der dem Punkte 5 der Wilsonschen Januarkundgebung entspricht, zu beharren. Danach kann Deutschland weder auf seine Kolonien verzichten, noch sie verschärfen. Im Bezug auf die Kolonien verlangt es nichts weiter als sein gutes Recht. Kolonien sind für das deutsche Volk eine Existenzbedingung, da es ohne Kolonien nicht möglich ist, dem überschüssigen Bevölkerungsteil Arbeit und Ausbelegungsgelegenheit zu bieten, und andererseits diesen Bevölkerungsüberschuß und seine Kräfte der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen. Die deutsche Regierung kann auch dem deutschen Volk nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der es als nicht würdig und nicht fähig behandelt, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Afrika und der Südpol teilzunehmen.

Die vorläufige österreichische Antwort an die Entente.

(W.B.) St. Germain, 10. Juni. Nach einer Vormeldung hat Staatskanzler Renner heute dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen lassen, in der er den Mächten der Entente vorstellt, daß das deutsch-österreichische Volk durch die Bedingungen der unentbehrlichsten Mittel zur Erhaltung seines Wirtschaftslebens und zur Aufrechterhaltung der staatlichen und bürgerlichen Ordnung beraubt wäre. Wegen ihren Willen würden mehr als 4 Millionen von 10 Millionen Deutsch-Österreichern einer feindseligen Fremdberrschaft unterworfen.

Der neue Staat könnte nur ein Viertel der für seine Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel selbst erzeugen. Er müßte jährlich 12 Millionen Tonnen Kohlen kaufen. Er könnte die notwendige Einfuhr nicht durch Ausfuhr decken, weil ihm mit den deutschen Gebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens fast alle Exportindustrien entziffen werden. Gleichzeitig würde sein Transportwesen finanziell und betriebstechnisch ruiniert. Mit dem Verlust der deutsch-böhmischen Bäder und Südtirols entfielen auch die ausländischen Zahlungsmittel aus dem Fremdenverkehr. Die Einfuhren würden nicht zu bezahlen sein.

Die Note weist ferner darauf hin, daß Deutsch-Oesterreich infolge der finanziellen Friedensbedingungen darauf angewiesen sei, sich sobald als möglich Nahrungsmittel, Rohle und andere Waren aus den auf dem Boden der Monarchie entstandenen Staaten zu verschaffen, was wenigstens zum Teil durch Ausfuhr der deutsch-österreichischen Industrieerzeugnisse geschehen könnte. Die neuen Staaten hätten aber nach den Friedensbedingungen kein Bedürfnis nach Verträgen mit Deutsch-Oesterreich. Auch eine Bezahlung der unentbehrlichen Erzeugnisse der neuen Staaten mit dem Deutsch-Oesterreich noch verbleibenden Kapital wäre infolge der Friedensbedingungen undurchführbar. Der Umrechnungsschlüssel für die Schulden der deutsch-österreichischen Staatsangehörigen werde so festgesetzt, daß sie ungefähr zweimal so viel zahlen müßten, als sie tatsächlich schulden, und zugleich würden den neuen Staaten das Recht eingeräumt, alle Vermögen der Staatsbürger und Handelsgesellschaften Deutsch-Oesterreichs in deren Gebieten zu beschlagnahmen.

Die Note sagt weiter: Diese und ähnliche Klauseln entspringen der sehr sonderbaren Idee, die nämlichen Bestimmungen, die die siegreichen Länder einem besiegten Großstaate auferlegen wollen, auf das Verhältnis zwischen unserem neuen Staate und den andern Staaten der früheren österreichischen Monarchie anzuwenden. Die Entziehung des im Gebiete der früheren Monarchie befindlichen, d. h. fast des ganzen Vermögens der deutsch-österreichischen Staatsbürger, wäre eine Unmöglichkeit. Damit würde der vollständige finanzielle Zusammenbruch des Staates herbeigeführt werden. Die meisten Unternehmungen, deren Sitz Wien war, wurde durch die Beschlagnahme ihres Vermögens in den anderen Ländern der früheren Monarchie enteignet und die Schuldenlast des überlasteten deutsch-österreichischen Staates, durch die Verpflichtung, die enteigneten Besitzer zu entschädigen, ungemein erhöht, während Deutsch-Oesterreichs finanzielle Kräfte durch Enteignung des in der alten Monarchie gelegenen Vermögens seiner Staatsbürger vernichtet würde.

Die Note erklärt weiter, daß die Vernichtung Deutsch-Oesterreichs und die Entstehung eines politischen und sozialen Krankeitsherdes wohl nicht im europäischen Interesse und auch nicht in dem der alliierten und assoziierten Mächte liege. Aus den angeführten Gründen müßten die Friedensbedingungen sehr wesentliche und grundsätzliche Änderungen erfahren. Ueber die Regelung der territorialen Fragen würden schon in den nächsten Tagen von deutsch-österreichischer Seite Vorschläge gemacht werden, während die wirtschaftlichen Anträge für den Zeitpunkt vorbehalten werden, in dem alle darauf bezüglichen Kapitel der Friedensbedingungen vorliegen. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß die Liquidation der Verhältnisse zwischen den auf dem Boden Oesterreich-Ungarns entstandenen Staaten eine ganz andere Aufgabe sei als die Wiederherstellung des Friedens zwischen kriegführenden Mächten. Die Note schlägt zur Entwirrung der wirtschaftlichen Beziehungen die Schaffung eines besonderen Ausschusses unter dem Vorhise von Delegierten der alliierten Großmächte vor, in dem auch Deutsch-Oesterreich mitarbeiten würde. Der Friedensschluß könnte erfolgen, ohne den Abschluß dieser Arbeiten des Ausschusses abzuwarten. Die Zerstörung und wirtschaftliche Vernichtung Deutsch-Oesterreichs würde sich in ihren Folgen nicht auf Deutsch-Oesterreich beschränken. Es würde ein politisches und soziales Chaos bewirkt werden, in das unermesslich die nächsten Nachbarn verstrickt werden würden und dessen letzte Auswirkungen unabsehbar seien. Die Note erklärt zum Schluß: Wir können vorweg keinen Zweifel darüber lassen, daß die derzeitige deutsch-österreichische Regierung, die durch 6 Monate unter den größten Anstrengungen die innere Ordnung und den äußeren Frieden des Landes aufrecht erhalten hat, für die Folgen jener Friedensbedingungen eine Verantwortung zu übernehmen nicht in der Lage wäre.

Die Gefährdung der deutschen Ansiedler in der Ostmark.

(W.B.) Berlin, 12. Juni. Gegen die Gefährdung der deutschen Ansiedler in der Ostmark wird im „B. Tgl.“ geschrieben. Die seit 1905 entstandenen Ansiedelungen wolle die Polen haben, die deutschen Ansiedler vertreiben und polnische an ihre Stelle setzen. Nichts wird die deutschen Ansiedler der Ostmark von diesem Schicksal retten, wenn nicht der Absatz 2 des Art. 90 des Friedensvertragsentwurfs gestrichen wird.

Die Polen und das Selbstbestimmungsrecht.

Berlin, 12. Juni. Nach amtlichen Berichten wurde von deutschen Einwohnern in mehreren Orten des Kreises Birnbaum wiederholt die Unterschrift unter einer Liste für die Zuteilung ihrer Ortschaften zum Polnischen Reiche dadurch erpreßt, daß sie durch polnische Soldaten mit dem Gewehr bedroht wurden. So kommen Eingaben der Einwohner, in von den Polen besetzten Teilen Preußens zugunsten Polens zustande.

Kriegszustand zwischen Rußland und Finnland.

Kopenhagen, 12. Juni. Laut Meldung der Berlinerke Abendde aus Helsingfors herrscht tatsächlich zwischen Rußland und Finnland an der finnischen Ostgrenze der Kriegszustand. Die Bolschewisten haben Schützengräben aus und ziehen immer mehr Truppen und Material an der Grenze zusammen. Sie fallen in Finnland ein und brennen Dörfer nieder. Kürzlich überschritten 500 Bolschewisten die finnische Grenze, wurden jedoch von der Grenzwehr zurückgeschlagen. Man glaubt, daß sie einen neuen großen Aufruhr in Finnland hervorrufen wollen.

Rückzug der Ententetruppen von der Murmanküste.

(W.B.) Berlin, 12. Juni. Wie der „B. L.M.“ aus Luga erfährt, berichtet der „Secolo“ aus London, daß der Rückzug der verbündeten Truppen von der Murmanküste bereits in vollem Gange sei. Die französischen und amerikanischen Truppen wurden bereits eingeschifft. Binnen kurzer Zeit würden auch die englischen Truppen die Heimreise antreten.

Ein englischer Arbeiterführer zur Friedensfrage.

Amsterdam, 11. Juni. Wie „Het Volk“ meldet, erklärte der englische Arbeiterführer Snowden: Wenn die Alliierten weniger darauf dringen würden, Rache an Deutschland zu nehmen und seinen wirtschaftlichen Untergang herbeizuführen, müßten die deutschen Gegenworschläge als Grundlage einer gerechten Regelung angenommen werden. — Zu dem Deutsch-Österreich vorgelegten Friedensvertrag erklärte Snowden: Ebenso wie die der deutschen Republik vorgelegten Bedingungen so sind auch diese Friedensbedingungen nichts als eine reine Schurkerei. Unter Berufung auf Wilsons zehnten Punkt, nach welchem die Völker Oesterreichs die unelastische Möglichkeit selbständiger Entwicklung erhalten sollen, erklärte Snowden: Die vier Kaiser in Paris haben dieses Versprechen dadurch eingelöst, daß Oesterreich eines großen Teiles seines früheren Grundbesitzes beraubt ist und daß es von drei Seiten von bitter feindlichen Staaten umringt wurde. Nach Erwähnung der ungerechten Bedingungen bezüglich der Auslieferung der Handelschiffe, Regelung der Donauschifffahrt, erklärte Snowden, daß die Junker, die diese Bedingungen festgesetzt hätten, kein Recht hätten, diese Bedingungen Friedensvertrag zu nennen.

Die türkische Abordnung in Frankreich.

Paris, 12. Juni. Die Delegation, die das Interesse der Türkei vor der Friedenskonferenz vertreten soll, traf heute vormittag 8 1/2 Uhr vor dem Lyoner Bahnhof ein. Es fand kein Empfang statt. Natürlich, die Türkei ist doch nur Handelsware bei den Alliierten.

Einzelheiten aus der bevorstehenden Ententeantwort.

Nach dem gestrigen Situationsbericht von Havas soll die Ententeantwort auf die deutschen Gegenworschläge heute oder morgen überreicht werden. Der Charakter der Antwort wird etwa derselbe sein, wie wir ihn schon verschiedentlich nach den Stimmungsberichten der Entente-Prese gekennzeichnet haben. Bezüglich der Entschädigungsfrage soll der französische Vorschlag angenommen werden, die Summe nicht sofort festzusetzen, damit man Deutschland solange wie möglich schikanieren kann. Von englischer Seite wird dazu gemeldet, daß über diese Frage die Ansichten weiter auseinandergehen als über irgend eine andere Frage. Die Amerikaner wollen anscheinend die Entschädigung sofort festgesetzt wissen, um aber die Wünsche der Franzosen zu befriedigen, läßt man sich auf künstliche Konstruktionen ein, und will uns versprechen, bis Ende dieses Jahres schon die Abrech-

nung Jerky... Dann ist der Friede natürlich angenommen, und die Alliierten rechnen damit, daß wir wegen den finanziellen Bedingungen keine Schwierigkeiten mehr machen, wenn sie uns auch dauernd den Rücken niederdrücken. Bezüglich Oberschlesiens will man uns anscheinend entgegenkommen. Trotz des Widerpruchs Clemenceaus, der seinen polnischen Freunden gern einen weiteren Segen aus dem Fleisch des deutschen Volkes zugehängt hätte, soll in Oberschlesien eine Abstimmung vorgenommen werden, denn nach englischer Meldung bestrebe nach Ansicht der andern Alliierten erster Grund, zu fragen, ob die Einwohner dieses Gebiets selbst wenn sie in der Mehrzahl aus Polen bestehen, die polnische Souveränität der deutschen vorziehen. Wenn die Volksabstimmung allerdings so vorgenommen wird, wie in einigen von den Polen besetzten Bezirken, daß die Einwohner dabei bedroht werden, dann ist sie eben auch eine Farce. Kohlen soll aber Deutschland genügend zu angemessenen Preisen bekommen, selbst wenn ihm neben dem Saargebiet auch das ober-schlesische Kohlengebiet genommen wird. Was ersteres anbelangt, soll auch die Forderung der 15-jährigen Besetzung beibehalten werden. Um aber nach außen das „Selbstbestimmungsrecht“ zu wahren, soll eine Klausel eingefügt werden, nach der die Bevölkerung, wenn sie sich nach dieser Frist immer noch für Deutschland entscheidet, ruhig unter die deutsche Staatsangehörigkeit zurückkehren kann, — das Saargebiet aber bleibt französisch, oder? Aber diesen Fall zu erörtern, ist ganz unnütz, denn nach 15 Jahren wird im Saargebiet kein Mensch mehr da sein, der noch für Deutschland ist, weil man solche „lästige Ausländer“ vorher schon abgeschoben haben wird. In der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bekunden die Franzosen den heftigsten Widerstand. Es soll nach französischer und englischer Meldung keine diesbezügliche Bemerkung in den Vertrag aufgenommen werden. Geschieht das heute nicht, und stellt man Deutschland die Aufnahme nur auf Wohlverhalten hin in Aussicht, so sind späteren Ausflüchten Tür und Tor geöffnet. Der Wechsel auf die Zukunft, daß bei der Aufnahme in den Völkerbund Deutschland die gleichen wirtschaftlichen Vorteile bezüglich der Rohstoffe genießen werde wie die andern Mitglieder, gleicht der Unterschrift eines Hochstaplers, der nur augenblickliche Vorteile herauschlagen will, und sich um die Versprechungen keinen Deut kümmert. Daß man es mit dem ganzen Völkerbundsrummel nicht ernst nimmt, geht aus der Bemerkung von Havas hervor, wenn Deutschland in den Völkerbund aufgenommen würde, würde trotzdem keine Entwaffnungsmaßnahme in Betracht gezogen. Die andern könnten also lustig ihre Rüstungen beibehalten, Deutschland allein müßte abrüsten.

Weil wir, wie jeder mit 5 natürlichen Sinnen begabter Mensch aus dem gesamten Ententeapparat das Bestreben der Alliierten herauslesen, durch schamlose Verlogenheit und teuflische Heuchelei ihren brutalen Raub- und Vernichtungsgestir zu verschleiern, deshalb können wir auch die Richtung deutscher Politik nicht guthießen, die sich nicht genug darin tun kann, mit der Lupe in allen verstaubten Winkeln danach zu suchen, ob man durch Selbstbeschuldigung bezüglich der Schuld am Kriege oder der Verletzung des „Völkerrechts“ selbigen Angebekens nicht doch noch einen Blick des Verständnisses oder gar der Verhängung von Seiten des Feindes erhaschen könnte. Unsere Feinde haben bezüglich der Außenpolitik für Rechtsempfinden und Moral keinerlei Platz in ihrem Innern. Das sollte bei uns doch endlich selbst der verbottene Pazifist einsehen, und deshalb darf unsern Feinden nicht immer wieder Agitationsstoff für ihre Propaganda geliefert werden. So finden wir die Bemerkung der Resolution der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich im übrigen gegen den Gewaltfrieden wendet, daß der Einmarsch der deutschen Armee in Belgien und Frankreich die Existenz der Nationen bedroht habe und den Glauben an die Verträge untergrabe, für so ungeachtet wie möglich. Wiehern vor Freude werden die Feinde ob solchem Schuldbekenntnis, denn das darf man ruhig annehmen, die Engländer und Franzosen hätten den belgischen Neutralitätsvertrag, wahrscheinlich allerdings mit Einwilligung Belgiens sicherlich gebrochen, ob sofort oder im Laufe des Kriegs, das ist wieder eine andere Frage. Ob es von uns geschickt war, die strategischen Gründe den politischen vorzuziehen, ist eine Frage des Erfolgs. Und der ist ausgeblieben. Wir wollen uns doch nichts vormachen, von heute auf morgen ändern wir die Natur der Völkermoral nicht, die nicht den moralischen Gesetzen folgt, sondern denen des brutalen Erfolgs. O. S.

Aus dem feindlichen Ausland.

Die Stimmung der Arbeiter in Frankreich.

Verailles, 13. Juni. Die Streiklage hat sich wieder zugespitzt. Die gestrigen Pariser Morgenblätter meldeten, daß der Verband der Bergleute beschloffen habe, am 16. Juni in ganz Frankreich den Generalstreik zu beginnen. Der Verband der Seelente beschloß gleichfalls, am 16. Juni den Generalstreik zu beginnen, falls seine Forderungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht gänzlich bewilligt seien. In einem Aufruf des Verwaltungsausschusses der Confédération Generale du Travail an die Öffentlichkeit wird erklärt, daß die Lebensmittelsteuerung auf Kriegsmaßnahmen, welche die Handelsfreiheit beschränken, und auf den Schleichhandel zurückzuführen seien und daß die Regierung unbedingt sofort wirksame Abhilfe schaffen müsse, sonst werde das Land in den Abgrund und zu Gewalttätigkeiten getrieben werden.

(W.B.) Amsterdam, 11. Juni. „Daily News“ wird aus Paris gemeldet, die Bewegung unter den französischen Arbeitern sei eine politische. Die französischen Arbeiter wollten das, was sie gegenrevolutionäre Aktion der Regierung nennen, niederzukämpfen. Sie seien der Ansicht, daß die russische, ungarische und deutsche Revolutionäre Grundsätze zur Anwendung bringen wollten, die die französischen Arbeiter selbst verteidigten.

Interessantes aus der französischen Presse.

Verailles, 12. Juni. Die gestrigen Abendblätter melden, daß die Kammer das Gesetz über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken vom 16. Juni an in zweiter Lesung einstimmig angenommen hat. In einhelliger Weise sprach sich Cougeur über die

Folgen des Gesetzes aus. Frankreichs Lage sei, was die Kohlen anlangt, geradezu tragisch. Im März 1918 betrug die Kohlenförderung noch 2680000 Tonnen. Im März 1919 sei sie auf 1880000 Tonnen gefallen. Er berechne die tatsächliche Arbeitsleistung nach der neuen Vorlage auf 6 1/2 bis 7 Stunden, aber unter dem Druck der Verhältnisse müsse sich die Regierung mit der Vorlage einverstanden erklären. Wie der „Intransigeant“ berichtet, richteten sich die Gewerkschaftsorganisationen auf einen längeren Streik ein. So haben die Metallarbeiter gemeinschaftliche Mahnungen für die Streikenden organisiert. Der Verband der Elektriker hat sich dem Kartell der Arbeitergewerkschaften angeschlossen. Laut „Populaire“ demontieren Conguet und Ramsay MacDonald die Nachricht der „Gazette de Lausanne“, wonach sie bei ihrer Rückkehr aus Mailand in der Schweiz mit dem Sekretär des Grafen Brochdorff-Mangau, dem General Keim und dem ehemaligen Staatssekretär Solf zusammengekommen seien. Diese Information sei absolut haltlos. „Intransigeant“ berichtet, die Jenser gestatte endlich mitzuteilen, daß Lord Robert Cecil dem Ausschuss der Gesellschaft der Nationen vorgelegt habe, Deutschland zu einem im Voraus bestimmten Zeitpunkt in die Gesellschaft der Nationen aufzunehmen und zwar mit allen Folgen einer solchen Zulassung, nämlich gleicher Abrüstung für alle, Schutz der deutschen Minderheiten in allen Ländern und Herabsetzung der wirtschaftlichen Einschränkungen. Die französischen Mitglieder des Ausschusses hätten die Annahme des Vorschlags abgelehnt.

Die Korruption in der französischen Hezypresse.

(W.B.) Versailles, 11. Juni. In der Kammer wurden Interpellationen über Hausfuchungen im Nationalrat der Presse und beim Direktor des „Matin“, Schöller, erörtert. Der Unterstaatssekretär der Militärgerichtsbarkeit Ignace erklärte, daß die Gerichtsbehörden verschiedenen Fällen von Bestechung zur Drückbergerei und sogar Fällen zur Beeinflussung von Beamten, um für gewisse Personen Strafausschub zu erwirken, auf die Spur gekommen seien. Er ersuchte die Kammer, sich mit diesen Erklärungen zufriedenzugeben. Es sei ihm unmöglich, weitere Einzelheiten über das schwebende Gerichtsverfahren bekanntzugeben, ohne den Gerichtsbehörden vorzugreifen. Die Abgeordneten Renaudel und Broussé widersprachen. Ignace versuche sich lediglich einer ihm unangenehmen Lage dadurch zu entziehen, daß er sich hinter das Amtsgeheimnis verschanze. Die Stimmung der Kammer erschien so kritisch erregt, daß Clemenceau es für nötig hielt, persönlich in die Debatte einzugreifen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er erklärte, er hätte sich und sein ganzes Kabinett für solidarisch mit Ignace. Sprechende man diesem das Mißtrauen aus, so werde das ganze Kabinett zurücktreten. Unter großer Erregung wurde dann zur Abstimmung geschritten. Es wurden 276 Stimmen für und 137 Stimmen gegen die Regierung abgegeben. Ungefähr 120 Deputierte enthielten sich der Abstimmung.

Die englische Menschlichkeit in Indien.

Amsterdam, 12. Juni. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Daily News“ sagte Miß Besant, welche eben aus Indien zurückgekehrt ist, u. a.: Indien wünsche eine Selbstregierung. Ohne eine solche müsse das Land zugrunde gehen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung Indiens bekomme nur eine einzige Mahlzeit pro Tag, und diese sei unzureichend. Das Durchschnittsalter in Indien sei etwa 23 Jahre gegenüber einem solchen von 40 Jahren in England und von 50 Jahren in Neuseeland. Die wirkliche und schlimmste Gefahr ist die einer Hungerrevolution, welche, wenn sie einmal ausgebrochen sei, nicht wieder aufzuhalten wäre.

Deutschland.

Unsere U-Boote im Kriege.

Marinebaurat Schürer macht in der Zeitschrift „Schiffbau“ erstmals nähere Angaben über Anzahl, Bauzeit, Größe, Geschwindigkeit und Armierung unserer U-Boote, worüber bisher in der Öffentlichkeit lediglich Vermutungen bestanden. Danach sind bis zum November 1918 insgesamt 372 Boote für die Marine hergestellt worden, darunter 344 während des Krieges auf 11 Werften. Auf diesen befanden sich 437 U-Boote noch im Bau, so daß insgesamt 780 Boote mit einem Kapitalwert von 4 Milliarden M in Auftrag gegeben worden waren. Ihrer Art nach zerfielen die Boote in vier Gruppen. Die Hochseeboote und Kreuzer (109 Stück) wurden allmählich von 42 Meter Länge und 400 PS Maschinenleistung auf 97,5 Meter Bootslänge und 6000 PS Leistungsfähigkeit gebracht, die Geschwindigkeit hob sich von 9,2 Seemeilen auf 18 Seemeilen und die Besatzung von 22 auf 83 Mann. Armiert waren die Kreuzer, die unter Wasser 2785 Tonnen Wasser verdrängen besaßen, mit 6 Torpedorohren und 2 Stück 15-cm-Geschützen. Die zweite Gruppe umfaßte 136 Küstenboote, die im Verlaufe des Krieges auch im Mittelmeer und an der englischen Westküste Verwendung fanden, 5 Torpedorohre und 1 Geschütz mit 10 cm Kaliber besaßen. Die Minenkreuzer betragen an Zahl 19. Sie führten außer 42 Seeminen 24 Torpedo und 1 Geschütz mit 15 cm Kaliber mit sich. Als vierte Gruppe sind 95 kleine Minenboote zu nennen, die bis 18 Minen führten, bis zu 3 Torpedorohren und 1 Geschütz besaßen. Angetrieben wurden die Boote über Wasser durch Dieselmotor, unter Wasser durch Elektromotoren. Der Ueberwasserfahrbereich (Aktionsradius) war bei den großen Booten 25 000 Seemeilen. Der größte Treibstoffvorrat erreichte bei „U. 142“ die große Menge von 451 Tonnen. Dieses Boot konnte unter Wasser eine Höchststrecke von 70 Seemeilen zurücklegen. Fast bei allen Booten wurde die doppelte Fülle beibehalten, die für Tiefen bis zu 75 Meter konstruiert war, einzelnen Booten bei Verfolgungen aber auch das Auffuchen größerer Tiefen gestattet. — (164 U-Boote sind an England abgeliefert worden.)

Die Kapitalflucht ins Ausland.

Der badische Minister Dietrich teilte in einer Versammlung in Karlsruhe mit, daß es deutschen Schiefern gelungen ist, auf dem Weg über die Schweiz 7 Milliarden deutschen Papiergeldes ins feindliche Ausland, nach Belgien zu bringen, wo es jetzt zu 1,25 präsentiert wird. Das sind Fälle, wie sie noch nie da waren, daß das deutsche Volk von Schüssen um Milliarden geprellt worden ist. Hoffen wir, daß die Reichsregierung einen Weg findet, daß diese Gelder, die nach der Umrechnung zum heutigen Geldfuß 20 Milliarden ausmachen, nicht gezahlt werden müssen.

Sympathiekreis für Levine und Luxemburg.

(W.B.) Frankfurt a. M., 11. Juni. Auf Beschluß des Arbeiterrats wird aus Anlaß der Verhaftung Rosa Luxemburgs und der Erschießung Levines mit Ausnahme der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Lebensmittelversorgungsbetriebe und Krankenanstalten von Donnerstag abend 6 Uhr bis Freitag abend 6 Uhr jegliche Arbeit eingestellt. — (Warum bringt man den Tausenden von Opfern der Heterieen dieser Fanatiker keine Sympathie entgegen?)

Ein Millionenraub.

Hindenburg, 13. Juni. Fünf Banditen überfielen, wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, auf der Straße vom Borßigwerk nach Beuthen einen Geldtransport des Borßigwerkes. Die Räuber sind mit 1900000 M entkommen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Juni 1919

Schweinemarkt in Calw.

Auf dem am Mittwoch stattgehabten Schweinemarkt waren zugeführt: 312 Stück Milchschweine, die pro Paar 370 bis 500 M kosteten und 18 Stück Läufer, von denen das Stück zwischen 300 bis 450 M kostete. Da der Markt anscheinend überfüllt war, blieben 170 Stück unverkauft.

Aus der württembergischen Landesversammlung.

(S.C.B.) Stuttgart, 11. Juni. Nachdem der Gefegentwurf über einen ständigen Nachtragsetat dem Finanzausschuß überwiesen war, erledigte der Landtag in seiner heutigen Sitzung den Gefegentwurf über die Neuwahlen der Kirchengemeinde- und Kirchenstiftungsräte, über dessen Notwendigkeit und rasche Durchführung sich alle Parteien einig waren. Bei der zweiten Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes wurde ein Antrag der Bürgerpartei, das passive Wahlrecht vom 20. auf das 25. Lebensjahr heraufzusetzen, gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Zentrums abgelehnt. Es entspann sich bei dieser Frage eine parteipolemische Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum. Der Zentrumsabgeordnete Andre legte namens seiner Partei gegen die Unterstellungen des Sozialdemokraten Pflüger Verwahrung ein, indem er darauf hinwies, daß man keine „Erzürungschaft der Revolution“ beseitigen wolle, daß es sich vielmehr darum handle, wie man eine gute berufskundige Vertretung schaffe. Nach den Mitteilungen des Ernährungsministers Baumann sind in Württemberg 280 000 Personen in der Landwirtschaft beschäftigt, davon 70 000 als Knechte und Mägde. In dem Gefegentwurf ist gesagt, daß der freie Unterhalt, der dem landwirtschaftlichen Hausangehörigen gewährt wird, nicht als Lohn gelten soll. Der Antrag Ströbel, das Wort „nicht“ zu streichen, fand nicht die Zustimmung des Hauses. Das Gesetz wurde in zweiter Beratung erledigt. Morgen folgt die dritte Beratung, ferner die zweite Beratung des Uebergangsgesetzes und die dritte Beratung der Kirchengemeinderatswahlen.

Die Typhusseuche im Schwinden.

Pforzheim, 11. Juni. Die Typhusseuche scheint in der Hauptsache jetzt erloschen zu sein. Am 6. Juni kamen 8, am 7. Juni 5, am 8. Juni 2, und am 9. Juni 2 Neuerkrankungen vor, so daß bis jetzt die Gesamtziffer sich auf 3507 beläuft. Die Gesamtzahl der Todesfälle beträgt 313.

Mutmahlisches Wetter am Samstag und Sonntag. Der Hochdruck zerfällt. Die Störungen nehmen rasch zu. Am Samstag und Sonntag ist nach starken Gewittern vielfach bei decktes und mit ausgebreiteten Niederschlägen verbundenen Wetter zu erwarten.

Evangelische Gottesdienste.

Dreieinigkeitsfest, 15. Juni. Vom Turm: 1. Predigtlied: 392. „Was freut mich noch.“ 8 Uhr Frühpredigt 9 1/2 Uhr Hauptpredigt Stadtpfarrer Schmid. 1 Uhr Christenlehre mit den Söhnen des älteren Jahrgangs. Donnerstag 19. Juni 8 Uhr abends: Bestände in der Kirche, Stadtpfarrer Schmid.

Katholische Gottesdienste.

Dreifaltigkeitsfest, 15. Juni. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und Amt, 1/2 2 Uhr Christenlehre. Fronleichnamsfest, 19. Juni. 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt und feierliche Prozession, nachm. 2 Uhr feierliche Andacht. Montag 1/2 9 Uhr ist Gottesdienst im Bad Teinach. Beichtgelegenheit Samstag ab 4 Uhr nachmittags und Sonntag früh ab 7 Uhr.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag morgens 9 1/2 Uhr, abends 5 Uhr Predigt, Sonntag morgens 11 Uhr Sonntagsschule. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Gebetsstunde.

WER Aufträge zu vergeben hat, der halte sie nicht zurück. Jeder Auftrag, der jetzt erteilt wird, ist mit ein Grundstein im Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.

Schriftliche und nationale Weltanschauung.

Zur Landeskirchenwahl hat Stadtpfarrer Planck (Winneiden) einen Artikel geschrieben, um dessen Wiedergabe wir uns bemühen. Wir stehen nicht an, diesen Artikel zu übernehmen, möchten aber dazu bemerken, daß allerdings die darin gemachten Ausführungen vom Standpunkt reiner idealistischer Auffassung der Lehre Jesu kaum anzugreifen sind, wenn man nicht speziell die Worte Jesu: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“, zur Rechtfertigung des nationalen Selbsterhaltungstriebes anführen will, daß ihre praktische Anwendung aber im heutigen Entwicklungsstadium der Menschheit, in dem nur die Völker mit ausgesprochenem nationalem Egoismus ihre Existenz zu erhalten vermögen, für das Volkstum eines Staates gewisse Gefahren in sich birgt, weil durch die Predigt des christlichen Weltgeistes und des Weltbürgeriums, wenn sie nur auf einer Seite betrieben wird, das betreffende Volk an nationalem Instinkt verliert, und dadurch den völkisch widerstandsfähigeren Staatsgebilden unterliegt. Unsere Sozialisten und Pazifisten sind in dem Trugschluß befangen gewesen, — manche sind es leider heute noch —, daß ihre Ideologie auch bei andern Völkern den aufnahmefähigen Boden finde, wie bei dem deutschen Volk. Sie sind heute bitter enttäuscht worden. Die christliche Weltanschauung ist eben leider von den einzelnen Völkern verstaatlicht worden zum Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, daß ihre Grundzüge auch bezüglich der internationalen Beziehungen praktische Anwendung finden, das wollen wir mit dem Verfasser hoffen. Der geplante Völkerverbund der Entente läßt allerdings nicht viel Hoffnungen in der Richtung zu, denn er atmet nicht den Geist Jesu, wohl aber den der Pharisäer. Deshalb wird man unserer Weltanschauung nicht allzu große Vorwürfe aus ihrem Verhalten machen dürfen. Wir haben gesehen, daß bei unsern Feinden sich die Geistlichen in heftigster Weise im Kriege betätigt haben. Was allerdings die innere Wirksamkeit anbelangt, so wird der wahrhaftig veranlagte Beobachter zugestehen müssen, daß sich viele unserer Geistlichen vor dem Kriege allzusehr in die Gedankenänge des Klassenstaats verankert hatten, was dem Charakter der Kirche als Volkskirche zweifellos geschadet hat.

Wir lassen hier den Artikel von Stadtpf. Planck folgen: Die bisherige Staatskirche soll Volkskirche werden. Die Botschaft hör' ich wohl, der Glaube fehlt mir noch. Kann

sie denn das, nachdem weiteste Volkstreu von ihr den Eindruck gewonnen haben, sie habe im Weltkrieg verfaßt und auch bis heute sich noch nicht so weit zurechtgefunden, daß sie in den Wirren und Nöten dieser Zeit sich als Wegweiserin bewähren konnte? Sie wird mit ihrem Anerbieten so lange kein volles Vertrauen finden, bis sie nicht klar und unmissverständlich Zeugnis davon ablegt, daß ihr mit der gründlichen Erkenntnis des Irrwegs endlich auch der Anfang zur Rückbesinnung und der Anseh zu einer wirklichen ernstlichen Neubildung geschenkt sei. Wahrhafte Selbsterkenntnis müßte sie alsbald davon überzeugen, daß sie, die sich mit Stolz die evangelische nennt, erbaut auf dem Grund der Bibel und des Bekenntnisses, wesentliche Stücke dieser Grundlage verleugnet und damit dem ihr anvertrauten Volk, dem auf sie angewiesenen Staat (denn das war er bisher!), endlich aber auch sich selbst, die entscheidende Wahrheit vorenthalten hat. Wir nennen die hierher gehörigen drei Hauptpunkte:

1. Sie hat dem deutschen Volk, das nun einmal nicht ist wie andere, rechtzeitig die biblische Wahrheit zuzurufen verfaßt: Stelle dich nicht den Völkern dieser Welt gleich! Hätte sie das mit der vollen Kraft der Propheten getan, so hätte sie ihm den Sturz in den Abgrund ersparen können.
2. Sie hat zugelassen, daß ihr Herr Jesus Christus, der mit seinem Zeugnis bis zum Tod am Kreuz allen geistlichen und weltlichen Privilegien den Kopf zerbrach, aufs neue zum Schutzherrn eben dieser Vorrechtsansprüche gemacht wurde, gegen die er selbst bis zum letzten Atemzug gekämpft. Damit ist sie, nicht bloß die katholische, sondern auch die evangelische Kirche, erst recht die Beschützerin und Mutter aller der Gewaltherrschaft geworden, die seit Jahrhunderten in immer neuen Weltkriegen mit Leben und Bestand der Völker spielt, wie Kinder mit Bohnen, und die sich jetzt gegen Deutschland wendet als gegen den allein Schuldigen. Aber erst schuldig ist in Deutschland eben die Kirche, die geboren wurde gerade aus dem Protest gegen den Mißbrauch des Evangeliums zu neuer Gewaltherrschaft, und der als einzige Waffe gegen solches Gebaren das Wort der Wahrheit mit auf den Lebensweg gegeben worden ist. Nun sie ihr Schwert verloren hat, weil sie es nicht gebrauchte, ist sie gleichzeitig mit Volk und Staat in ihrem Bestande bedroht. Ist das nicht göttliches Gericht?

3. Der letzte Grund hieron ist aber zweifellos der, daß sie, die in ihrem Bekenntnis ein für allemal den richtigen Gott und den Weg zu ihm zu bezeugen glaubte, derselben geistlichen Sicherheit anheimfiel, wie die Feinde ihres Herrn, die Pharisäer. In solch falscher Selbstgewißheit hat sie sich die Auseinandersetzung mit den Forderungen der Neuzeit zu leicht gemacht und das Gewissen der Völker und Staaten immer mehr eingeschlafert statt es zu wecken.

Bis zur Stunde ist ein solcher Weckruf aus dem Munde der Kirche nicht erfolgt. Weder Pietisten noch Liberale, weder Orthodoxe noch Freigeistige haben sich bis heute zurückgefunden zu dem Gewissensprotest, aus dem einst das Evangelium selbst geboren, aus dem es im Jahre 1517 neu erweckt wurde. Noch immer soll Jesus, der Heiland der Armen, der „Herr“ sein, dessen Herrschaftsanspruch alle geistliche und weltliche Gewaltherrschaft bedt. Diese fürchterlichste Verirrung der ganzen Weltgeschichte muten uns seine Gläubigen noch immer zu. Soll die evangelische Kirche Volkskirche werden, dann muß sie zurück zu der Heilandsfrage: Warum ist die Bundemeines Volkes nicht geheilt? Nur so kann sie werden, was sie sein soll, ein Hort des Friedens nach innen und nach außen. Volkstriebe und Völkertriebe müssen ihre selbstverständlichen Ziele sein — eine Schande für die deutsche Kirche, daß die Fremdworte Sozialismus und Pazifismus bis heute ihr eigenes bestes Erbe bergen mußten. Kein Wunder, daß Hunderttausende unserer Volksgenossen dieser Kirche den Rücken kehren wollen.

Darum, ihr Protestanten, auf zur Tat in allerseher Stunde! Sagt den bisherigen Herren der Kirche, den Pietisten wie den Liberalen die Wahrheit. Ihr alle, die ihr misshütig und traurig der Kirche den Rücken wendet, kehrt noch einmal um und wagt der Wahrheit dort eine Gasse, wo ihr sie am schmerzhaftesten vernicht habt, weil sie dort ihr erstes Recht und ihre erste Stimme hatte. Ober ist denn die Kirche der Reformation nicht zur fortwährenden Selbsterneuerung verpflichtet? Wenn eure Geistlichen davon schweigen, erhebt ihr Leute aus demalle selbst eure Stimme!

Kann leuten die Kirchenglocken von Stuttgart die Rückkehr der Wahrheit ein? Gedenket des entscheidenden Tages. Morgen ist er.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Böhmler'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Samstag, den 14. ds. wird auf der Freibank an die Buchstaben S und R Rindfleisch verkauft das Pfund M. 1.50. Lebensmittelbücher sind mitzubringen. Am kommenden Montag vorm. von 8-10 Uhr letzter Kartoffel-Verkauf auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8. Ausgabe im Bahnhofskeller. Preis M. 10.— pro Zentner.

Kriegsministerium
Abt. Generalkommandos
XIII. A.-R.
1a Nr. 20028.
Stuttgart, den 10. Juni 1919.

Wirt. Eisenbahnbau-Kompagnie 28.

Für die Wirt. Reichswehr-Eisenbahnbau-Kompagnie 28 der Eisenbahnabteilung Nr. 4 in Berlin-Schöneberg werden 100 Unteroffiziere und Mannschaften in der Hauptsache gediente Leute der Eisenbahntuppen, wirt. Staatsangehörigkeit sofort gesucht.

Freiwillige Meldungen nimmt das Kriegsministerium, Abt. Generalkommando 1a entgegen, in denselben ist angegeben: Vor- und Zuname, Dienstgrad, Alter, ob ledig oder verheiratet, ob und eventuell wie lange bei Eisenbahntuppen gedient.
S. A. d. S.-R. Wirtt.ogs. Der Kriegsminister
gez. Hof. gez. Hermann.

Forstamt Hofstett Post Teinach. Rotforststamm-Holz-Verkauf.

Am Dienstag, den 24. Juni 1919, vormittags 10 Uhr in Neuweiler im „Lamm“ aus Staatswald Distr. I. Frohnwald, Abt. Unt. Dachsberg, Obdengrund, Brühlkopf, Eisenhäusle, Säggberg: Distr. II. Bergwald, Abt. Börd. Burghardt, Entergund, Schachenkopf, Dientlesberg Schmlerosen, Distr. III. Schindelhardt, Abt. Reppplatten: 1611 Rotforststämme mit Fm. Langholz: 533 I., 929 II., 601 III., 118 IV., 30 V., 1 VI. Kl. Losverzeichnis von der Forstdirktion, G. S. Stuttgart.

Raninchen, 5 Wochen alt, verkauft Obermann, Liebenzell.

Schleierstoffe in Seide und Baumwolle, Chinacreme und Seidenstoffe.

Julie Schimpf.
Einen echten belgischen Riesen, Zuchtramler, verkauft Matthäus Kling im Hau bei Calw.

Mithengstett. Ein 4 Monate altes Zucht-Rind verkauft Jakob Schöffler, Maurer.

Freundliche Einladung zu den Vorträgen

welche Prediger Volkmann-Berlin bis einschließlich Sonntag, den 15. Juni, allabendlich um 8 Uhr im Zelt der Liebenzeller Mission halten wird.

Thema für Freitag, den 13. Juni: Ist die Bibel Gottes Wort oder ein Fabelbuch?

Thema für Samstag, den 14. Juni: Das Rätsel des Todes. Nachmittags 4 Uhr finden Bibelstunden statt.

Eintritt für jedermann frei!

Hemdflanell, Schürzen-Satin, Drell-Anzüge

eingetroffen. Desterlin, Hirsau. Einfach möbliertes, heizbares Zimmer von älterem Herrn auf 1. Juli zu mieten gesucht.

Angebote mit Preisangabe unter D. 82 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten. 2 Matratzen, echten Drill, verkauft J. Sauter, Sattler und Tapezier, Biergasse.

Für eine Stuttgarter Versicherungsgesellschaft wird am hiesigen Plage ein Vertreter gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein tüchtiger Fuhrmann kann sofort eintreten bei Güterbeförderer Bauer.

Verpachte Heu- und Dehmd- Ertrag von ca. 3 Morgen Wiese, Montag, den 16. Juni im Hause F. Maier, z. Schwanen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsgruppe Calw.

Heute Freitag Abend 8 Uhr findet in der Restauration Scheginger Versammlung statt. Tagesordnung: Bericht über den Delegiertentag in Pforzheim. Mitgliedskarten und -Bücher sind unbedingt mitzubringen. Vollgültiges Erscheinen erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Röchin-Gesuch.

Wegen Verheiratung der bisherigen wird ein in gut bürgerlicher Küche u. dem gesamten Hauswesen durchaus erfahrendes Mädchen

für frauenlosen Haushalt (2 erwachsene Personen) zum 1. Juli oder früher gesucht. Kersting, Karlsruhe, Kaiserstr. 106.

Mädchen-Gesuch.

Wegen Krankheit suche ich sofort oder auf 1. Juli ein kräftiges, pünktliches Mädchen

für Haus und Garten. Gelegenheit zum Selbstständigwerden geboten. Frau Luise Schiler, Calw, Stuttgarterstr.

Liebenzell. Mädchen-Gesuch.

Suche auf 1. Juli ein tüchtiges Mädchen

für Küche und Haushalt. Er. Gengenbach, z. Herzog Eberhard.

Fließiges Dienstmädchen

für sofort oder später gesucht. Neue Handelsschule.

P. K.

Montag, 23. Juni, 1/4 Uhr im „Adler“.

Älteres, pünktliches Laufmädchen für einige Stunden am Vormittag gesucht. Uhlandstraße 698.

Tüchtiges Servier-Fräulein

sucht hier oder in Liebenzell Stelle. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes zu erfahren.

Gesucht wird für kleinen Haushalt (3 Personen) aufs Land in der Nähe von Karlsruhe ein ordentliches Mädchen

für sofort. Näheres auf der Geschäftsstelle des Blattes.

Stellegefuch.

30 jähriges Mädchen sucht Stelle, passend zum Tagelohn aufs Land oder irgend eine Gärtnerei.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Einen kompletten, großen Heuwagen

hat zu verkaufen H. Kiehl, z. Rappen, Weilderstadt, Telefon 7.



Ortsgruppe Calw vom Reichsbunde
f. Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer,
Kriegerwitwen und -Hinterbliebene.

Monats-Versammlung und Bettwäsche-Verteilung

am Samstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im „Badischen Hof“. Erscheinen aller Mitglieder, auch der Auswärtigen, der Ortsgruppe Calw dringend notwendig. Dem Reichsbunde noch ferne stehende werden ganz besonders eingeladen. Abwesende Mitglieder werden bei der Verteilung nicht berücksichtigt. Mitgliedskarten mitbringen.

Der Vorstand d. Ortsgruppe Calw: M. Bernhardt.

Geschäftsempfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Stadt und Land machen wir die höfliche Mitteilung, daß wir das von unserem Vater

Wilhelm Stickel

geführte **Uhren-Geschäft**
in unveränderter Weise weiterführen.

Da uns eine tüchtige Arbeitskraft zur Verfügung steht, sind wir in der Lage

jede Art von Reparaturen

prompt und pünktlich auszuführen und bitten das unserem Vater bisher geschenkte Vertrauen auch auf uns übertragen zu wollen.

Zugleich bringen wir unser Lager in

**Taschen-, Wand- und Wecker-Uhren,
Uhrketten und Bijouteriewaren,
sowie optischen Artikeln**

in empfehlende Erinnerung.

Geschwister Stickel.

Geschäftseröffnung und -Empfehlung.

Der werten Einwohnerschaft von Calw und Umgebung zur Kenntnis, daß ich die

Bäckerei mit Mehl- und Hefeverkauf
von meiner Mutter übernommen habe und von jetzt ab weiterführe.

Es wird mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft stets gut und reell zu bedienen. Ich bitte um freundliche Berücksichtigung.

Mit Hochachtung

Karl Gehring, Lederstraße.

**Senfen
Sicheln
Sabeln
Rechen
Hauen
Kärste
Schaufeln
Waldsägen
Schittersägen
Maulkörbe
Ruhketten usw.**
empfiehlt
Gg. Wackenhuth,
Biergasse.

Extrafines
Mischobst

(mit Feigen)
Frische Zitronen.

Ausländische
Marmelade

(Erdbeer, Himbeer, Kirsch)
Pfund 3.- Mk.
empfehlen

**Pfannkuch & Co.
Calw.**

10 000 Mk.

sind gegen gute Sicherheit
auszuleihen.

Angebote unter C. G. 75
an die Geschäftsstelle des Bl.

Landwirte

kaufen bei
Max Zucker
Maschinen-
Geräte, Handlung
Ersatzteile Weilderstadt.
am Besten Eigene Reparaturwerkstätte
Grosses Lager.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein.

Am Sonntag den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, findet in der Brauerei Dreiß in Calw eine

außerordentl. Hauptversammlung

statt, mit folgender

Tagesordnung:

1. Vortrag von Herrn Gutspächter Hermann von Schönmühlungen über: „Landwirtschaftliche Organisationsfragen“.
2. Beschlußfassung über Anschluß an den neugegründeten Landwirtschaftlichen Hauptverband für Württemberg und Hohenzollern.
3. Beratung und Festsetzung neuer Satzungen.
4. Wahlen:
 - a) des Vertreters des Vereins und seines Stellvertreters im Hauptauschuß;
 - b) der Gauauschußmitglieder und ihrer Stellvertreter;
 - c) von sechs Auschußmitgliedern.
5. Anträge aus der Versammlung.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen dringend ersucht.

Calw, den 7. Juni 1919.

Der Vereinsvorstand:
R. Dingler.

Baumaterialien.

Durch das Arbeitsministerium als
Händlerlager

eingerrichtet, führe ich

sämtliche Baumaterialien.

Zwecks rechtzeitiger Belieferung bitte ich die

Dringlichkeitsbescheinigungen

frühzeitig an mich einzusenden.

**Alfred Pfeiffer, Baumaterialienhandlung,
Schloßstrasse 242.**

Habe meine

Zahntechnische Praxis

bis auf weiteres eingeseilt.

Die mir zugedachten Arbeiten übernehmen die Herren Dentisten Kölle und Kohler.

Hochachtungsvoll

E. Bayer, Dentist.

Prima
**Malzkaffee,
Zichorie,
Kornkaffee,**
frisch eingetroffen,
empfiehlt
Spar- und Consumverein.

Brauns'sche
Stofffarben

in blau, braun, schwarz u. grün, zum Färben wollener, halb-, baumwollener, seidenener u. halbfedener Stoffe per Packet 40 Pfg.

empfiehlt
H. Hauber.

Den Grasertrag

von meinem Garten und Wiese am Kapellenberg, circa 30 ar, verkauft am nächsten Samstag, 14. Juni, abends 6 Uhr an Ort und Stelle

Fr. Gehring, Maurermeister.

**Tabakpflanzen-,
Sellerie-,
Lauch-,
Wirsing-,
Rohrkraut- u. Zwiebel-
=Seglinge**

empfiehlt noch in starker Qualität
Philipp Maft, Handelsgärtner, Bahnhofstr.

**Chlorkalk,
Kaiser-Borax
Stärke-Kraft
Panamarinde
Vorhangereme
Waschblau
Metallputz
Messerpuzsteine
Ofenwische**

empfiehlt

R. Hauber



Freiwillige Feuerwehr Calw.

Am Freitag Abend 8 Uhr findet im Gasth. z. Löwen

Verwaltungsrats-Sitzung

statt und werden hierzu die Mitglieder eingeladen.

Die neuangemeldeten Personen

wollen sich zwecks Aufnahme und Einteilung ebenfalls einfinden.

Das Kommando: Widmayer.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Montag, den 16. Juni 1919 in unserem elterlichen Haus (Gasthaus zum Döfen in Altburg) stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

**Gustav Mayer, Hilfswärter,
Sohn des Michael Mayer, Zimmermann
in Neuhengstett.**

**Katharine Kusterer,
Tochter des + Michael Kusterer, Döfenwirt
in Altburg.**

Kirchgang 1/2 12 Uhr in Altburg.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung!

Zu unserer am Samstag, den 14. Juni stattfindenden

Hochzeits-Feier

im Gasthof zum Döfen in Schömberg laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte höflichst ein.

Karl Dittus,

Sohn des Martin Dittus in Oberlengenhardt.

**Anna Marie Dehlschlager,
geb. Kentscher, Tochter des + Ulrich Kentscher
in Balmberg.**

Kirchgang 11.30 Uhr.

Bitte dieses als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Bad Liebenzell.

Meiner werten Kundschaft zeige ich hiemit ergebenst an, daß ich mein Geschäft von der Baumstraße nach

Kirchstraße Nr. 186 verlegt habe.

Ich halte mich auch weiterhin zur

Anfertigung von Herrenkleidern

nach Maß bestens empfohlen und bitte um gütiges Wohlwollen.

Fr. Zeeb, Herrenkleidergeschäft.

Bruchleidende

finden sichere Hilfe, auch in veralteten Fällen, durch mein seit 1894 erprobtes, Tag und Nacht tragbares federloses Bruchband „Eztrabequem“. Zahlreiche Zeugnisse. Leibbinde, Geradhalter, Gummistrümpfe. Mein Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in

Calw, Mittwoch, 18. Juni, 9-2 Uhr, Hotel Waldborn.
Nagold, Donnerstag, 19. Juni, 9-3, Gasthaus Röhle.
Bruchh.-Spez. Witwe L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 88 A
Seger, 1894.

Neue Fahrpläne

für den Oberamtsbezirk Calw sind in der Geschäftsstelle des Bl. das Stück zu 20 Pfg. erhältlich.